



Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa

58

MATTHIAS HARDT UND MARCIN WOŁOSZYN (HG.)

Ostmitteleuropäische Friedensschlüsse zwischen Mittelalter und Gegenwart

Gedruckt mit Unterstützung des Leibniz-Instituts für Geschichte und Kultur des östlichen Europa e.V. in Leipzig.
Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-Non Commercial 4.0 Lizenz (BY-NC). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für nicht kommerzielle Zwecke (Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>).

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Begutachtet von Mirosław Nagielski (Uniwersytet Warszawski)
und Stefan Rohdewald (Universität Leipzig)

© 2021, Sandstein Verlag, Goetheallee 6, 01309 Dresden

Abbildung: Akt des Waffenstillstandes von Deulino (Dezember 1618). Foto: Russisches Staatliches Archiv der Alten Akten, Moskau (Fond 79; Opis 3; Nr 58) = Российский государственный архив древних актов, Москва (Фонд 79; Опись 3; Дело 58)
Unterstützung bei der redaktionellen Arbeit:

Eva Gnauk, Diana Lucia Feitsch

Korrektorat: Sina Volk (dt.), Philip Andelic (engl.)

Gestaltung, Satz: Sandstein Verlag

Druck: FINIDR, s.r.o.

www.sandstein-verlag.de

ISBN 978-3-95498-644-6

58 Ostmittel- europäische Friedensschlüsse zwischen Mittelalter und Gegenwart

Zum 65. Geburtstag
von Christian Lübke

MATTHIAS HARDT UND MARCIN WOŁOSZYN (HG.)

SANDSTEIN

Inhalt

- Matthias Hardt, Marcin Wołoszyn
6 Ostmitteleuropäische Friedensschlüsse
Vorwort
- Matthias Hardt
12 Der Frieden von Bautzen 1018
Mit einem Ausblick auf das Friedensversprechen
von Sandewalde/Sądowel (1218)
- Leszek Słupecki
31 *Realpolitik, Sexual Abuse,*
German Wife and Beautiful Russian Concubine
Boleslav the Great in Kiev in 1018
- Konrad Bobiatyński
46 Der Waffenstillstand von Deulino (1618/19)
Erfolg oder Niederlage der polnisch-litauischen Republik
im Kampf um die Hegemonie in Osteuropa im
16. und 17. Jahrhundert
- Kirill Kochegarov
56 The Word Battle after the War
The Russian-Polish Dispute about the Politics,
Religion and History through the Correspondence
of Border Governors (1619–1621)
- Harald Heppner
72 Das Vertragswerk von Passarowitz (1718)
und seine Auswirkungen

- Kerstin S. Jobst
84 Die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk 1918
- Jacek Tebinka
95 The legacy of the territorial changes
in the Treaty of Brest-Litovsk
The Polish Eastern Border 1918–1921
- Paweł Jaworski
106 From Brest-Litovsk to Compiègne
The dilemmas of Sweden's foreign policy in 1918
- Marcin Wołoszyn
118 Why the Bolesław Chrobry shopping centre
in Chełm will not be selling King Daniel's Mineral Water
The long shadow of the Treaty of Brest-Litovsk
- Stefan Troebst
160 Versuch einer Befriedung
Das Prespa-Abkommen zwischen Griechenland
und Makedonien 2018
- 166 Liste der Veröffentlichungen von Christian Lübke

Ostmitteleuropäische Friedensschlüsse

Vorwort

MATTHIAS HARDT, MARCIN WOŁOSZYN

Das Ende des Ersten Weltkriegs, herbeigeführt durch den Aufstand der Matrosen in Kiel und Wilhelmshaven, und das am 9. November 1918 mittags in Berlin durch Philipp Scheidemanns Ausrufung einer »deutschen Republik« besiegelte Ende der Hohenzollernmonarchie, am gleichen Tag nachmittags durch Karl Liebknechts Proklamation zu einer »freien sozialistischen Republik Deutschland« präzisiert, ist im Herbst des Jahres 2018 durch zahlreiche Veranstaltungen unter Beteiligung von Staatspräsidenten, Regierungschefinnen, Ministern und Diplomaten gefeiert und in den Medien mehr oder weniger intensiv gewürdigt worden. Das Kriegsende im November 1918 hatte ohne Zweifel eine große Bedeutung, wenngleich es erst die Pariser Vorortverträge des folgenden Jahres waren, die nach der Friedenskonferenz den Krieg auch formal beendeten.

Wirklich in das Jahr 1918 gehört dagegen jener Vertrag, den die junge Sowjetregierung schon am 3. März 1918 mit den Mittelmächten geschlossen hatte und mit dem Russland als Kriegsteilnehmer aus dem Geschehen ausschied, ebenso wie die neu entstandene Ukraine, die den Krieg am gleichen Ort schon am 9. Februar 1918 im sogenannten Brotfrieden beendet hatte. In Ostmitteleuropa war dieser Erste Weltkrieg also wirklich im Jahr 1918 zu Ende, und dies jährte sich 2018 zum 100. Mal. Aber nicht allein Brest-Litovsk hatte im Jahr 2018 ein solches rundes Jubiläum, sondern es gab weitere für das östliche Europa relevante Friedensschlüsse, die sich in diesem Jahr 2018 nach Jahrhunderten erinnern ließen.

Am 21. Juli 1718 schlossen in Požarevac (Parassowitz) im heutigen Serbien Karl VI. von Habsburg gemeinsam mit der Republik Venedig einen Friedensvertrag mit Sultan Ahmed III., der das Temescher Banat und die kleine Walachei abtreten musste, während Venedig zum Verzicht auf den Peloponnes gezwungen wurde, aber eine Anzahl von Inseln und Festungen im südlichen adriatischen Meer halten konnte, am bekanntesten davon die Insel Korfu. Schon ein Jahrhundert vorher, am 11. Dezember 1618, war in Deulino, nicht weit nördlich von Moskau, mit einem Vertrag der von 1609 bis 1618 währende polnisch-russische Krieg beendet worden. Russland erkannte damit die Ostausdehnung der Adelsrepublik Polen-Litauen bis in das Gebiet um Smolensk und Tschernihiw (Černigov/Černihiv) hinein an, wehrte aber polnische Ansprüche auf die Zarenkrone erfolgreich ab.

Vor mehr als 1000 Jahren beendeten Abgesandte des weströmischen Kaisers Heinrichs II. und des polnischen Fürsten Bolesław Chrobry in Bautzen in der Oberlausitz eine Auseinandersetzung, die sich von 1002 bis 1018 hingezogen hatte, weil Heinrich II. nicht anerkennen wollte, was sein Vorgänger Otto III. dem Piasten versprochen hatte: einen Platz in der Familie der Könige, von welcher der junge Kaiser sich umgeben wissen wollte. Und erst im Jahr 2018 versuchten Griechenland und

die frühere jugoslawische Republik Mazedonien in einem am Prespa-See geschlossenen Abkommen, ihre Streitigkeiten um den Namen FYROM zugunsten einer gemeinsamen Zukunft in Europa und NATO beizulegen.

In all diesen Friedensjubiläen spiegeln sich die unterschiedlichen Interessenlagen, denen das östliche Europa zu verschiedenen Zeitpunkten im vergangenen Jahrtausend ausgesetzt war. Alle diese Regionen gehören auch zu den Interessengebieten des langjährigen Direktors des GWZO, Prof. Dr. Christian Lübke, der im Jahr 2018 zwar kein so rundes Jubiläum feierte wie die vorgestellten Friedensschlüsse, wohl aber eines, das für ihn ebenso wie das GWZO zukunftsweisend werden würde: Christian Lübke wurde am 17. Dezember 2018 65 Jahre alt. Die Tagung über die ostmittel-europäischen Friedensschlüsse des zweiten nachchristlichen Jahrtausends war ihm gewidmet; um ihn, sein erfolgreiches Wirken für die ostmittel- und osteuropäische Geschichte und das GWZO zu würdigen, hatten wir uns mit einem umfassenden, Friedensschlüsse in den Fokus nehmenden Programm versammelt. Nachdem der Frieden¹ in seiner ganzen politischen, rechtlichen, sozialen und religiösen Bedeutung und speziell die meist schriftlich fixierten Beendigungen von Kriegshandlungen des Mittelalters und der Neuzeit in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder aus verschiedenen Perspektiven der Forschung Beachtung gefunden haben,² sollten über ein Jahrtausend hinweg Voraussetzungen und Abläufe von Friedensverhandlungen und -schläßen betrachtet werden, die in der Geschichte Ostmitteleuropas Bedeutung erhielten. Der Frieden von Brest-Litovsk schließlich hatte mit seiner Grenzziehung auch Konsequenzen für die archäologische Erforschung der Beziehungen zwischen Lateineuropa und der Kiever Rus', die in den auf den Friedensvertrag folgenden Jahrzehnten und insbesondere nach 1945 auf beiden Seiten der Grenze verschiedenen Zielen diente. Waren Schlachtfeldarchäologie und die Archäologie des Krieges³ und der kriegerischen

¹ Kaufmann, Ekkehard: Friede. In: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 1, Berlin 1971, 1275–1292; Janssen, Wilhelm: Friede. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Hg. von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck, Bd. 2, Stuttgart 1975, 543–591; Kaufmann, Ekkehard: Königsfrieden. In: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, Bd. 2, Berlin 1978, 1032; Arnold, Klaus: De bono pacis – Friedensvorstellungen in Mittelalter und Renaissance. In: Überlieferung–Frömmigkeit–Bildung als Leitthemen der Geschichtsforschung. Vorträge beim wissenschaftlichen Kolloquium aus Anlass des 80. Geburtstages von Otto Meyer. Würzburg, 25. Oktober 1986. Hg. von Jürgen Petersohn, Wiesbaden 1987, 133–154; Sellert, Wolfgang: Friedensprogramme und Friedenswahrung im Mittelalter. In: Wege europäischer Rechtsgeschichte. Karl Kroeschell zum 60. Geburtstag dargelegt von Freunden, Schülern und Kollegen. Hg. von Gerhard Köbler, Frankfurt am Main 1988 (Rechtshistorische Reihe 60), 453–467; Becker, Hans-Jürgen/Hödl, Ludwig: Friede. In: Lexikon des Mittelalters, Bd. 4, München-Zürich 1988, 919–921; Zwischenstaatliche Friedenswahrung im Mittelalter und Früher Neuzeit. Hg. von Heinz Duchhardt, Wien 1991 (Münstersche Historische Forschungen I); Träger und Instrumentarien des Friedens im hohen und späten Mittelalter. Hg. von Johannes Fried, Sigmaringen 1996 (Vorträge und Forschungen 43); Hermann, Hans-Georg: Frieden. In: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 2. völlig überarbeitete Ausgabe. Hg. von Albrecht Cordes, Bd. 1, Berlin 2008, 1807–1821.

² Hentig, Hans von: Der Friedensschluss. Geist und Technik einer verlorenen Kunst. München 1965; unter medien-geschichtlichem Aspekt der Sammelband: Friedensschlüsse. Medien und Konfliktbewältigung vom 12. bis zum 19. Jahrhundert. Hg. von Bent Jørgensen, Raphael Krug und Christine Lüdke, Augsburg 2008 (Documenta Augustana 18); Duchhardt, Heinz: Friedensvertrag. In: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 2. völlig überarbeitete Ausgabe. Hg. von Albrecht Cordes, Bd. 1, Berlin 2008, 1821–1824.

³ 2000 Jahre Varusschlacht. Imperium, Konflikt, Mythos. Hg. von Stefan Burmeister, Herwig Kenzler und Stephan Berke, Stuttgart 2009, Bd. 1–3; 1636 – ihre letzte Schlacht. Leben im Dreißigjährigen Krieg. Hg. von Sabine Eickhoff und Franz Schopper, Stuttgart 2012; Roms vergessener Feldzug. Die Schlacht am Harzhorn. Hg. von Heike Pöppelmann, Korana Deppmeyer und Wolf-Dieter Steinmetz, Darmstadt 2013 (Veröffentlichungen des Braunschweigischen Landesmuseums 115); Krieg. Eine archäologische Spurensuche. Begleitband zur Sonderausstellung im Landesmuseum

Gewalt⁴ unlängst vielbeachtete Themen in den archäologischen und anthropologischen Wissenschaften (Forensic Archaeology/Anthropology)⁵, denen sogar in einer eigenen Zeitschrift nachgegangen wird,⁶ so kann hier der Einfluss eines Friedensvertrags auf archäologische Forschungen deutlich gemacht werden.

Christian Lübke interessierte sich in seinen Forschungen⁷ nicht nur für den Verlauf der einzelnen Ereignisse und deren langfristige Folgen, sondern auch dafür, wie Historiker*innen späterer Generationen und verschiedener Nationen diese wahrnahmen. Wahre Geschichte oder Geschichte als Ware fragte er schon, als er noch Professor für osteuropäische Geschichte in Greifswald war.⁸ Schon deswegen haben wir uns bewusst darum bemüht, dass die einzelnen im Rahmen der Tagung präsentierten Friedensschlüsse von Wissenschaftler*innen aus verschiedenen Ländern vorgestellt wurden.

Das Jahr 1918, in welchem es zum Frieden von Brest-Litovsk kam, wurde in den letzten Jahren besonders häufig thematisiert.⁹ Nichtsdestotrotz hoffen wir, dass die Beiträge von Kerstin S. Jobst, Jacek Tebinka und Paweł Jaworski, welche die Ereignisse in Brest-Litovsk aus habsburgischer (Jobst), britischer (Tebinka) und schwedischer (Jaworski) Perspektive darstellen, interessante Ergänzungen sind. Tebinka betont auch – mit Verweisen unter anderem auf die Konferenz im Ardennen-Kurort Spa

für Vorgeschichte Halle (Saale) 6. November 2015 bis 22. Mai 2016. Hg. von Harald Meller und Michael Schefzik, Halle (Saale) 2015 (mit vorgeschichtlicher und frühneuzeitlicher Ausrichtung ohne Berücksichtigung des Mittelalters). Vgl. weiterhin Brock, Thomas: Archäologie des Krieges. Die Schlachtfelder der deutschen Geschichte, Darmstadt 2015.

4 Siehe dazu Beiträge in der vierbändigen *History of Violence: The Cambridge World History of Violence*, Bd. 1, The Prehistoric and Ancient Worlds. Hg. von Garret G. Fagan, Linda Fibiger, Mark Hudson und Matthew Trundle, Cambridge 2020; Bd. 2, AD 500 – AD 1500. Hg. von Matthew S. Gordon, Richard W. Kaeuper und Harriet Zurndorfer, Cambridge 2020; Bd. 3, AD 1500 – AD 1800. Hg. von Robert Antony, Stuart Carroll und Caroline Dodds Pennock, Cambridge 2020; Bd. 4, 1800 to the Present. Hg. von Louise Edwards, Nigel Penn und Jay Winter, Cambridge 2020. Vgl. auch Beiträge in: *Killing and being killed: bodies in battle: perspectives on fighters in the Middle Ages*. Hg. von Jörg Rogge, Bielefeld 2017 (Mainz historical cultural sciences 38); *Conflict Archaeology. Materialities of Collective Violence from Prehistory to Late Antiquity*. Hg. von Manuel Fernández Götz und Nico Roymans, Oxford 2018 (Themes in Contemporary Archaeology 5); *Violence in Prehistory and Antiquity/Die Gewalt in der Vorgeschichte und im Altertum*. Hg. von Eduard Nemeth, Kaiserslautern-Mehlingen 2018. Besonders wichtig sind in diesem Kontext Studien zur Archäologie des 20. Jahrhunderts; siehe als Beispiel: *Materiality of troubled pasts. Archaeologies of Conflicts and Wars*. Hg. von Anna Zalewska, John M. Scott und Grzegorz Kiarszys, Warszawa-Szczecin 2017; *Archaeologies of Totalitarianism, Authoritarianism, and Repression. Dark Modernities*, Palgrave Studies in Cultural Heritage and Conflict. Hg. von James Symonds und Pavel Vařeka, Cham 2020 (*Archaeologies of Totalitarianism, Authoritarianism, and Repression*).

5 *Forensic Archaeology: A Global Perspective*. Hg. von Mike Groen, Nicholas Márquez-Grant und Robert Janaway, Chichester 2015; *Handbook of forensic Anthropology and Archaeology*. Hg. von Soren Blau und Douglas H. Ubelaker, New York 2016.

6 *Journal of Conflict Archaeology* (gegründet 2005). Vgl. dazu List of issues *Journal of Conflict Archaeology* (tandfonline.com) (Zugriff 15. 10. 2021).

7 Siehe die Bibliografie seiner Schriften am Ende dieses Buches.

8 Siehe dazu: Wahre Geschichte – Geschichte als Ware. Die Verantwortung der historischen Forschung für Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge einer Internationalen Tagung im Alfried Krupp Wissenschaftskolleg Greifswald. Hg. von Christian Lübke, Christoph Kühberger und Thomas Terberger, Rahden 2007.

9 Als Beispiele: Borodziej, Włodzimierz, Górný, Maciej: *Der vergessene Krieg. Europas Osten 1912–1923*, Bd. I, Impérien 1912–1916; Bd. II, Nationen 1917–1923. Darmstadt 2018; Conze, Eckart: *Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*, München 2020; siehe auch die Oxford-Reihe, die den Ersten Weltkrieg als »The Greater War« in einem breiterem Kontext präsentiert: *The Greater War – Oxford University Press* (oup.com) (Zugriff 15. 10. 2021).

(1920) – die langfristigen Konsequenzen der Verhandlungen, die am Ende des Ersten Weltkriegs (wie in Brest-Litovsk) stattgefunden haben. Daran schließt der Beitrag von Marcin Wołoszyn an, der die Folgen des – gescheiterten – Versuchs der Übergabe von Chełm an die Ukraine im Jahr 1918 für die Erforschung dieses Gebiets durch Historiker*innen und Archäolog*innen im 20. und 21. Jahrhundert präsentiert.

Die neuzeitlichen Friedensschlüsse von Požarevac (Parassowitz) und Deulino wurden von österreichischen (Harald Heppner), polnischen (Konrad Bobiatyński) und russischen (Kirill Kočegarov) Historikern dargestellt. Die Ereignisse schließlich des Jahres 1018 – der Frieden von Bautzen sowie der darauffolgende Kiever Feldzug Bolesław Chrobry – haben ein deutscher und ein polnischer Mediävist dargestellt. Es muss betont werden, dass die Problematik der sächsisch-polnischen Beziehungen um 1018 im gesamteuropäischen Kontext nicht nur zu den von Christian Lübke direkt analysierten Fragen gehört.¹⁰ Sie waren zudem Gegenstand eines Projekts zur Bedeutung des ältesten polnisch-altrussischen Grenzgebiets und der sogenannten Červenischen Burgen, welches von Christian Lübke als Direktor des GWZO mitgeleitet wurde.¹¹

Als Bolesław Chrobry Kiev eroberte, schickte er seine Gesandten nicht nur zu Heinrich II., sondern auch nach Konstantinopel. Dort schlug er dem Kaiser Basileios II. Frieden und Zusammenarbeit vor, drohte aber gleichzeitig mit Krieg. Diese erste Gesandtschaft nach dem weit von den polnischen Piasten entfernten Konstantinopel ist einfacher zu verstehen, wenn berücksichtigt wird, dass langjährige Kriege und die Eroberung des heutigen Bulgarien und Makedonien Polen der byzantinischen Welt nähergebracht hatten.¹² Die Frage »Wahre Geschichte oder Geschichte als Ware?« ist besonders aktuell im Falle des gerade erwähnten Makedonien. Ob das Prespa-Abkommen – von Stefan Troebst analysiert – diesen Streit abschließen wird, wird die Zukunft erweisen müssen. Unserem aus dem Dienst scheidenden Direktor Christian Lübke, dem wir alle in großer Dankbarkeit verbunden sind, wünschen wir einen Ruhestand, der genauso ausfallen möge wie seine Leipziger Jahre: friedvoll, gesund, aber auch mit fruchtbare und anregender Tätigkeit.

¹⁰ Siehe z. B. Lübke, Christian: Außenpolitik im östlichen Mitteleuropa. Expansion und Hegemonie am Beispiel Polens und des Landes Halic'-Volyn' (bis 1387). In: Das Reich und Polen. Parallelen, Interaktionen und Formen der Akkulturation im hohen und späten Mittelalter. Hg. von Thomas Wünsch unter Mitwirkung von Alexander Patschovsky, Sigmaringen 2003 (Vorträge und Forschungen 59), 21–58, hier 28–29.

¹¹ Siehe dazu z. B. Lübke, Christian: »Germanica Slavica« und »Polonia Ruthenica«. Religiöse Divergenz in ethnokulturellen Grenz- und Kontaktzonen des mittelalterlichen Osteuropa (8.–16. Jahrhundert). In: Grenzräume und Grenzüberschreitungen im Vergleich. Hg. von Klaus Herbers und Nikolaus Jaspert, Berlin 2007 (Europa im Mittelalter 7), 175–190.

¹² Vgl. dazu Salamon, Maciej: »Amicus« or »hostis? Boleslav the Valiant and Byzantium. Byzantino-Slavica 54: 1 (1993), 114–120.

1018



Das mittelalterliche Europa und Byzanz am Ende der Herrschaftszeit Basileios II. um 1018 (auf der Balkanhalbinsel wurden auch Gebiete der nominalen byzantinischen Herrschaft berücksichtigt). Grundlagen: Der große Ploetz – Atlas zur Weltgeschichte. Hg. v. Holger Vornholt. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2009, 62; The Cambridge History of the Byzantine Empire c. 500–1492. Hg. v. Jonathan Shepard. Cambridge (Cambridge University Press) 2008, Karte 24; gez. von Jolanta Ożóg.

Der Frieden von Bautzen 1018

Mit einem Ausblick auf das Friedensversprechen
von Sandewalde/Sądowel (1218)

MATTHIAS HARDT

Am 30. Januar 1018 handelten Erzbischof Gero von Magdeburg, Bischof Arnulf von Halberstadt, Markgraf Hermann von Meißen, ein Graf Dietrich und der kaiserliche Kämmerer Friedrich in der *urbs Budusin/Bautzen* nach 16 Jahren permanenter Kriegszüge einen Frieden mit dem polnischen Fürsten Bolesław Chrobry aus.¹ Dieser stellte dafür vornehme Geiseln, und im Gegenzug begleiteten sächsische Krieger den bald folgenden Kriegszug Bolesławs gegen Kiev. Zur Bekräftigung des Friedens wurde in Cziczani² eine Ehe geschlossen, die Bolesław mit Oda, der Schwester des Markgrafen Hermann einging.³ Nach dem Tod seiner Frau Emnildis im Vorjahr war dies seine vierte rechtmäßige Ehe.⁴ Bautzen wurde durch den Friedensschluss zu einem für die europäische Geschichte bedeutungsvollen Ort. Im Folgenden sollen die der Übereinkunft vorangehenden Handlungen noch einmal ausgebretet werden, damit verständlich wird, welche Zustände im Januar 1018 beendet wurden. Allen Überlegungen dazu muss vorausgeschickt werden, dass vor 1000 Jahren die von Lusizern⁵ in der

¹ Thietmar von Merseburg, *Chronicon*. Hg. v. Robert Holtzmann. MGH SS rer. Germ. N. S. IX. Berlin 1935, VIII, 1, 492: *Posteaque iussu suo et assidua Bolizlavi ducis supplicatione in quadam urbe Budusin dicta a Gerone et Arnulfo episcopis et a comitibus Hirimanno atque Thiedrico pax sacramentis firmata est et a Fritherico camerario III. Kal. Februarii ...; Lübke, Christian: Regesten zur Geschichte der Slaven an Elbe und Oder (vom Jahr 900 an), Teil IV: Regesten 1013–1057. Berlin 1987 (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe I; Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens 152), Nr. 534, 86–88; Ludat, Herbert: An Elbe und Oder um das Jahr 1000. Skizzen zur Politik des Ottonenreiches und der slavischen Mächte in Mitteleuropa, Köln/Wien 1971, 88f.; Görich, Knut: Eine Wende im Osten: Heinrich II. und Bolesław Chrobry. In: Otto III. – Heinrich II. Eine Wende? Hg. v. Bernd Schneidmüller und Stefan Weinfurter, Sigmaringen 1997 (Mittelalter-Forschungen 1), 95–167, hier 160f.; Lübke, Christian: Das östliche Europa. München 2004 (Die Deutschen und das europäische Mittelalter), 229; Weinfurter, Stefan: Kaiser Heinrich II. und Bolesław Chrobry: Herrscher mit ähnlichen Konzepten? In: *Quaestiones Medii Aevi Novae* 9. (2004), 5–25, hier 24.*

² Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 31 mit Anm. 220, der sich mit Hermann, Joachim: Siedlung, Wirtschaft und gesellschaftliche Verhältnisse der slawischen Stämme zwischen Oder/Neiße und Elbe. Studien auf der Grundlage archäologischen Materials. Berlin 1968 (Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin; Schriften der Sektion für Vor- und Frühgeschichte 23), 326 f. gegen Zützen bei Luckau und für Burg im Spreewald ausspricht. Weitere Lokalisierungsvorschläge bezogen sich auf Zinnitz (Kr. Calau) und Klein-Seitschen südwestlich von Bautzen, siehe Jecht, Robert: Erste Erwähnung der Oberlausitz. Der Gau *Besunzane* und die *urbs Businc* sind gleich dem Orte Biesnitz und der Landeskronen. Wo lag *Scianci?* In: Neues Lausitzisches Magazin 97 (1921), 188–199, hier 197–199. Vgl. zu den namenkundlichen Begründungen die Literaturangaben bei Lübke, Christian: Regesten zur Geschichte der Slaven an der Elbe und Oder (vom Jahr 900 an), Teil III: Regesten 983–1013. Berlin 1986 (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe I; Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens 134), Nr. 447, 298.

³ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), *Chronicon* VIII, 1 492–494; Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 134.

⁴ Lübke, Regesten IV (wie Anm. 1), Nr. 535, 88 f. Zu den früheren Ehefrauen Bolesław Chrobrys Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), *Chronicon* IV, 58, 198.

⁵ Eichler, Ernst: Völker- und Landschaftsnamen im altsorbischen Sprachgebiet. In: *Létopis A.* (1966), 1–30, hier 10 f.

heutigen Niederlausitz sowie Milzener⁶ und Besunzanan⁷ in der heutigen Oberlausitz⁸ bewohnten Landschaften zwischen Elbe und Oder in einem von Polen, Sachsen und Böhmen umworbenen und entsprechend umstrittenen Zwischenland lagen, und es war noch lange nicht klar, dass es dort eines Tages staatlich gesehen eine »deutsche« Entwicklung geben würde.⁹

Im 10. und frühen 11. Jahrhundert hatte sich in den Gebieten östlich von Elbe und Saale eine unübersichtliche Gemengelage von Interessen des ostfränkischen Königstums, sächsischer Markgrafen, polnischer und böhmischer Fürsten sowie regionaler Adliger herausgebildet, die zahlreiche örtliche und überregionale Konflikte hervorrief. Unter dem ersten ottonischen König Heinrich I. war an der Elbe die Burg Meißen errichtet worden.¹⁰ Von da aus, so Thietmar von Merseburg, »zwang er die seiner Herrschaft unterworfenen Milzener zur Zahlung des Zinses«¹¹, was wohl heißt, dass die in Meißen stationierten Krieger das vorgelagerte Gebiet und seine Bewohner bis zur Oder, zur Neiße und darüber hinaus verunsichern und zur Zahlung von Abgaben und Tributen nötigen sollten. Über den Erfolg dieses Vorhabens allerdings fehlen uns Informationen: Als der Außenposten an der Elbe nach den permanenten Auseinandersetzungen zwischen Otto I. und den böhmischen Přemysliden zwischen 936 und 959 zum Jahr 968 endlich wieder erwähnt wurde, sollte er Bischofssitz werden¹² im Rahmen des von Otto dem Großen durchgesetzten Magdeburger Erzbistums. Neben Meißen wurden damals Merseburg¹³ und Zeitz¹⁴ zu Kathedralstandorten für die zwischen Saale und Elbe lebenden Sorben erhoben.

Etwa gleichzeitig mit den Nachrichten über die Bistumsgründungen erscheinen in der Überlieferung dann Grafen, die im südlichen, sorbisch-daleminzischen Gebiet für eben jene Regionen zuständig waren, die im Jahr 968 jeweils auch Bischöfe erhielten. In der Zeit Ottos II. sind die Grafen

⁶ Eichler, Völker- und Landschaftsnamen im altsorbischen Sprachgebiet (wie Anm. 5), 12 f.

⁷ Eichler, Völker- und Landschaftsnamen im altsorbischen Sprachgebiet (wie Anm. 5), 2 f.

⁸ Von Richthofen, Jasper: Besunzane, Milzener, Sorben. Die slawische Oberlausitz zwischen Polen, Deutschen und Tschechen. Biežuńczanie, Milczanie, Sorbowie. Słowiańskie Łużyce Górné pomiędzy Polakami, Niemcami i Czechami. Görlitz 2004 (Schriftenreihe der Städtischen Sammlungen für Geschichte und Kultur Görlitz N. F. 37).

⁹ Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 95 f.

¹⁰ Schmid-Hecklau, Arne: Die archäologischen Ausgrabungen auf dem Burgberg in Meißen. Die Grabungen 1959–1963. Dresden 2004 (Veröffentlichungen des Landesamtes für Archäologie mit Landesmuseum für Vorgeschichte 43).

¹¹ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon I, 16, 23: *Ex ea Milzenos que subactos dicioni censem persolvere coegit.*

¹² Schlesinger, Walter: Verfassung und Wirtschaft des mittelalterlichen Bistums Meißen. In: Das Hochstift Meißen. Aufsätze zur sächsischen Kirchengeschichte. Hg. v. Franz Lau. Berlin 1973 (Herbergen der Christenheit; Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte, Sonderband), 33–53, hier 33–35.

¹³ Schlesinger, Walter: Merseburg (Versuch eines Modells zukünftiger Pfalzbearbeitungen). In: Deutsche Königs-pfalzen. Beiträge zu ihrer historischen und archäologischen Erforschung, Bd. I. Göttingen 1963 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 11/1), 158–206; Ramm, Peter: Über Königspfalz und Königshof auf dem Merseburger Burgberg zur Zeit Bischof Thietmars. In: Thietmars Welt. Ein Merseburger Bischof schreibt Geschichte. Hg. v. Enno Bünz, Axel Freiherr von Campenhausen, Holger Kunde, Andreas Ranft, Arno Sames, Wolfgang Schenkluhn und Karin Freifrau von Welck. Petersberg 2018 (Schriftenreihe der Vereinigten Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz 11), 216–229.

¹⁴ Trimpert, Holger: Der Gau Puonzowa und die Wallburg Posa. In: Drößler, Rudolf: Zeitz. Geschichte der Stadt im Rahmen überregionaler Ereignisse und Entwicklungen, Bd. I. Die Anfänge. Von der ur- und frühgeschichtlichen Besiedlung der Zeitzer Region und dem ältesten Zeitz bis zur Verlegung des Zeitzer Bischofssitzes nach Naumburg 1028/1030. Hg. v. der Stadt Zeitz. Zeitz 2004, 25–28 sowie Schlesinger, Walter: Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter, Bd. I: Von den Anfängen kirchlicher Verkündigung bis zum Ende des Investiturstreites. Köln/Graz 1962 (Mittel-deutsche Forschungen 27/1), 34 f.

Thietmar und Wigger, schließlich jener Rikdag bekannt, der die Rechte über die Grafschaften Merseburg, Zeitz und Meißen in seiner Hand vereinigte,¹⁵ im Aufstand auf der Seite Heinrichs des Zänkers stand¹⁶ und die Burg Meißen wohl in dessen Auftrag im Jahr 984 an den Přemysliden Boleslav auslieferte.¹⁷ Rikdags Nachfolger in Meißen wurde auf Wunsch der Kaiserin Theophanu wie der Meißener Bevölkerung Ekkehard,¹⁸ dem wiederum erst der polnische Fürst Mieszko I. in Meißen gegen den Böhmen Boleslav zur Übernahme seines Dienstsitzes verhelfen konnte.¹⁹ In diesen schon in der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts die zu organisierenden Grenzen mehrfach überschreitenden Bündnissen der Markgrafen mit slawischen Fürsten spiegeln sich bereits die Konstellationen wider, die in den Auseinandersetzungen zwischen Heinrich II. und Bolesław Chrobry zu Anfang des 11. Jahrhunderts so lange nachwirken sollten. Es gab einerseits eine Koalition von Billungern und Ekkehardinern,²⁰ die mit den polnischen Fürsten zusammenarbeitete, und andererseits ein Bündnis von bayerischen Ludolfingern, die mit Přemysliden und Liutizen kooperieren würden.²¹ Ein Instrument der Bündnissicherung waren die Eheverbindungen, die über die politischen und geografischen Grenzen hinweg geschlossen wurden und Netzwerke schufen, deren regionaler Zusammenhalt die supragentilen Konflikte des 10. un. 11. Jahrhunderts häufig konterkarieren und ebenso oft überdauern sollte (Abb. 1).²²

Nachdem schon der polnische Fürst Mieszko I. mit Oda eine Tochter Dietrichs von Haldensleben, des Markgrafen der sächsischen Nordmark geheiratet hatte,²³ ging Mieszkos Sohn Bolesław Chrobry im Jahr 984 die Ehe mit einer Tochter des Markgrafen Rikdag ein. Allerdings hielt diese Verbindung nicht lange, ebenso wenig wie die danach eingegangene mit einer Tochter des ungarischen Fürsten Géza. Einen deutlich ernsthafteren und bedeutungsvolleren Charakter würde jene Ehe haben, die Bolesław dann schon im Jahr 987 mit einer gewissen Emnildis schloss.²⁴ Sie war die Tochter jenes *venerabilis senior* namens Dobromir, eines Fürsten, der überwiegend mit der Herrschaft über die Lausitzen in Verbindung gebracht wird,²⁵ ja sogar mit Bautzen, dem Ort des Friedenschlusses von 1018.²⁶ Dieser Dobromir, so wird aufgrund des Namens der Emnildis geschlossen, muss seinerseits

¹⁵ Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 23.

¹⁶ Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 24.

¹⁷ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon IV, 5, 136; Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 231 f., 31–33; Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 25 f.; Lübke, Das östliche Europa (wie Anm. 1), 199.

¹⁸ Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 235, 35 f..

¹⁹ Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 235, 35 f.; Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 101.

²⁰ Rupp, Gabriele: Die Ekkehardiner, Markgrafen von Meißen, und ihre Beziehungen zum Reich und zu den Piasten. Frankfurt am Main et al. 1996 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften 691).

²¹ Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 29 f.; Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 99–112.

²² Weinfurter, Stefan: Heinrich II. Herrscher am Ende der Zeiten. Darmstadt 2000, 210; Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 102–104; Lübke, Das östliche Europa (wie Anm. 1), 205–207; Weinfurter, Kaiser Heinrich II. (wie Anm. 1), 9.

²³ Kersken, Norbert/Wiszewski, Przemyslaw: Neue Nachbarn in der Mitte Europas. Polen und das Reich im Mittelalter. Darmstadt 2020 (WBG Deutsch-Polnische Geschichte 1), 30.

²⁴ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon IV, 58, 198; Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 246, 48 f.; Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 26 f.; Lübke, Das östliche Europa (wie Anm. 1), 204, 207, 221.

²⁵ Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 246, 49; Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 22 f., 25 f.; Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 102.

²⁶ Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 31.

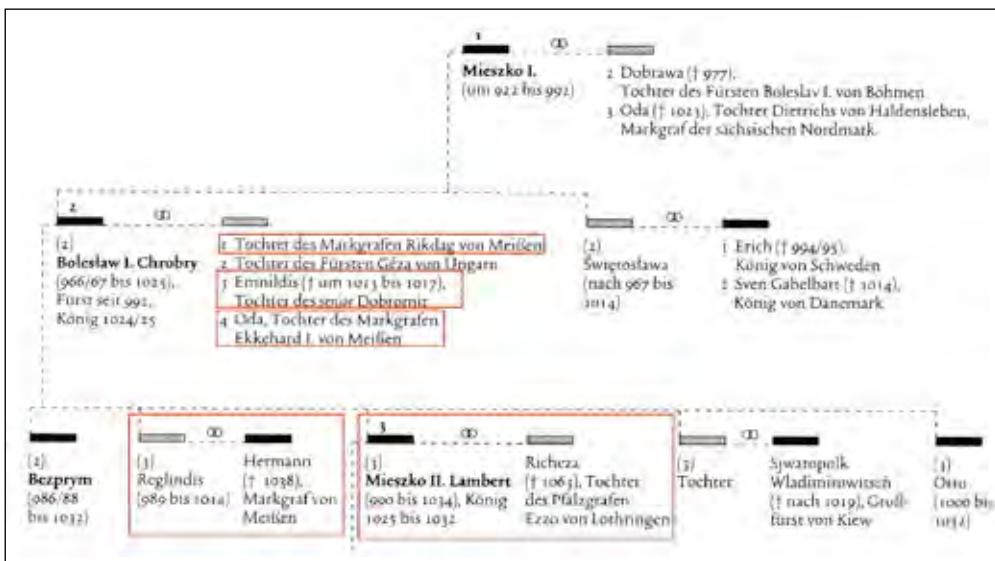


Abb. 1 Genealogische Beziehungen früher Piasten zu sächsischen Markgrafen Geschlechtern.
Nach Christian Lübbe: Das östliche Europa, 504.

bereits mit einer sächsischen Grafentochter verheiratet gewesen sein. Die Tochter Bolesławs und der Emnildis, Reglindis²⁷, wiederum heiratete schließlich mit dem Ekkehardiner Hermann einen weiteren zukünftigen Meißenener Markgrafen, sodass sich ein intensives Beziehungsgeflecht zwischen Ekkehardinern und Bolesław Chrobry ergab, der vom Chronisten Thietmar als *amicus familiaris* Ekkehards bezeichnet wurde, wenn er auch glauben machen wollte, der Markgraf habe dieses Verhältnis lediglich durch »Freundlichkeit und Drohungen« erreicht.²⁸

Der mit solchen Verbindungen ausgestattete Meißenener Markgraf setzte gleich in diesem Jahr 987 auch den eigentlichen Zweck der Zwingburg an der Elbe um, indem er die Milzener erneut unterwarf und die alte Tributpflicht wieder herstellte.²⁹ Mit diesem Erfolg begann ein steiler Aufstieg Ekkehards. Als Kaiser Otto III. im Frühjahr des Jahres 1000 auf dem Weg³⁰ nach Gnesen in Meißen einkehrte, empfingen ihn dort Markgraf Ekkehard und der Ortsbischof Eid mit großem

²⁷ Zur Darstellung der Reglindis als Stifterfigur im Westchor des Naumburger Domes siehe Kersken/Wiszewski, Neue Nachbarn in der Mitte Europas (wie Anm. 23), 114 f. mit Verweis auf Cremer, Folkhard: Der antistaufische Figurenzyklus im Naumburger Westchor und warum es darin keine Uta von Ballenstedt gibt. In: Das Münster. Zeitschrift für christliche Kunst und Kunsthistorische Zeitschrift 51. (1998), 262–271.

²⁸ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 7, 228: *ad amicum familiarem blandiciis ac minis adipiscitur*. Lübbe, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 246b, 51; Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 26; Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 103; Lübbe, Das östliche Europa (wie Anm. 1), 210.

²⁹ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 7, 228: *Milzientos a libertate inolita servitutis iugo constrinxit*. Lübbe, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 246a, 49–51; Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 27.

³⁰ Hardt, Matthias: Verkehrs- und siedlungsgeschichtliche Bemerkungen zur Reise Ottos III. nach Gnesen. In: Trakt Cesarski. Ilawa – Gniezno – Magdeburg. [Der Kaiserweg. Eylau – Gnesen – Magdeburg.] Hg. v. Wojciech Dzieduszycki und Maciej Przybył. Poznań 2002 (Bibliotheca Fontes Archaeologici Posnaniensis II), 385–408.

Aufwand.³¹ In Gnesen erhöhte Kaiser Otto III. den Rang³² des Fürsten Bolesław durch das Aufsetzen seines Diadems und nannte ihn *populi Romani amicus et socius und cooperator imperii*.³³ Nach dem frühen Tod Ottos III. im Jahr 1002 hielt sich Ekkehard für geeignet, dessen Nachfolge anzutreten. Allerdings wurde er in diesem Vorhaben nicht vom gesamten sächsischen Adel unterstützt und konnte sich auf Fürstentagen in Frohse³⁴ und auf der Werla³⁵ nicht gegen den bairischen Liudolfinger Heinrich durchsetzen. Auf dem Weg zu Verhandlungen mit Herzog Hermann von Schwaben wurde er am 30. April des Jahres 1002 in der Pfalz Pöhlde von den Grafen Heinrich und Udo von Katlenburg sowie anderen ermordet, mit denen sich Ekkehard angeblich in Fehde befunden hatte.³⁶ Thietmar von Merseburg würdigte ihn als »Zierde des Reiches, Hort des Landes, Hoffnung seiner Untergebenen und Schrecken seiner Feinde«³⁷. Seine Frau Schwanhild und sein Sohn Hermann begruben ihn an seinem Stammsitz in Klein-Jena an der Saale, bevor sie nach Meißen zurückkehrten.³⁸

Die Nachricht vom Tod des Markgrafen Ekkehard rief Bolesław Chrobry auf den Plan.³⁹ Der polnische Fürst besetzte die ganze Mark Geros II., des Markgrafen der hier bisher vernachlässigten sächsischen Ostmark, die mit der heutigen Niederlausitz gleichgesetzt werden kann.⁴⁰ Der Fürst der Polen erreichte danach durch die Stellung von Geiseln die Übergabe der jetzt erstmals erwähnten *civitas Budusin/Bautzen* in der Oberlausitz und ließ seine Krieger schließlich in die Burg Strehla an der Elbe eindringen,⁴¹ bevor ihm Mitte Juni 1002 durch den Einsatz von Geld auch die Einnahme Meißens⁴² und schließlich des Gebiets bis zur Elster⁴³ gelang. Die ältere deutsche Forschung war sich sicher, Bolesław habe die Gunst der Stunde nach Thronvakanz und Tod des Markgrafen genutzt, um sich entscheidende militärische Vorteile gegenüber dem Reich zu verschaffen.⁴⁴ Sie folgte damit Thietmar von Merseburg, der behauptet hatte, Bolesław

³¹ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon IV, 45, 182; Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 336, 174–176.

³² Zur Bedeutung des »Ranges« als Ursache der zukünftigen Streitigkeiten zwischen Heinrich II. und Bolesław siehe Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 150–152, 154–160, 162–164, 166 f.

³³ Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 71–73; Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 148–150; Lübke, Das östliche Europa (wie Anm. 1), 214–218; Weinfurter, Kaiser Heinrich II. (wie Anm. 1), 7. Vgl. zu dem Ereignis insgesamt Borgolte, Michael (Hg.): Polen und Deutschland vor 1000 Jahren. Die Berliner Tagung über den »Akt von Gnesen«. Berlin 2002 (Europa im Mittelalter. Abhandlungen und Beiträge zur historischen Komparatistik 5).

³⁴ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon IV, 52, 190; Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 347, 187 f.

³⁵ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 3–4, 222, 224; Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 348, 188.

³⁶ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 6, 226; Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 349, 189.

³⁷ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 7, 229: *quod decus regni, solacium patrie, spes sibi commissis, terror inimicis et per omnia perfectissimus esset.*

³⁸ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 8, 230; Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 350, 190 f.

³⁹ Kersken/Wiszewski, Neue Nachbarn in der Mitte Europas (wie Anm. 23), 34; Weinfurter, Kaiser Heinrich II. (wie Anm. 1), 9.

⁴⁰ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 9, 230; Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 28; Görich, Eine Wende im Osten (wie Anm. 1), 113.

⁴¹ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 9, 230: *premissis obsidibus Budusin civitatem cum omnibus appertinenciis comprehendens, statim Strielam urbem invasit;* Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 351, 191–193.

⁴² Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 9, 230: *Misnenses pecunia corrumpere clam temptans;* Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 352, 193–196.

⁴³ Thietmar von Merseburg (wie Anm. 1), Chronicon V, 10, 232: *Hac elatus prosperitate Bolizlavus omnes regionis illius terminos usque ad Elstram fluvium preoccupavit presidiisque suimet munit;* Lübke, Regesten III (wie Anm. 2), Nr. 353, 196 f.

⁴⁴ Ludat, An Elbe und Oder um das Jahr 1000 (wie Anm. 1), 79.

1618



Ostmittel- und Osteuropa um 1618. Grundlage: Paul Robert Magocsi: Historical Atlas of Central Europe. Seattle (University of Washington Press) 2002, Karte 19 a, 60; (vereinfacht) gez. von Jolanta Ožóg.

Der Waffenstillstand von Deulino (1618/19)

Erfolg oder Niederlage der polnisch-litauischen Republik
im Kampf um die Hegemonie in Osteuropa im
16. und 17. Jahrhundert

KONRAD BOBIATYŃSKI

Der Vertrag, mit dem in Deulino der seit 1609 andauernde Krieg zwischen Polen-Litauen und dem Moskauer Staat zu Ende ging, setzte zweifellos eine überaus wichtige Zäsur in der Rivalität beider Staaten um die Vormachtstellung im neuzeitlichen Osteuropa. Von Historiker*innen wird er allerdings seit Langem recht kontrovers bewertet. Einerseits lässt sich nicht übersehen, dass Polen-Litauen mit den hinzuerworbenen Gebieten sein Territorium auf fast eine Million Quadratkilometer erweitert und so die größte Ausbreitung in seiner bisherigen und auch späteren Geschichte erreicht hat. Die beachtlichen Erfolge, mit denen es den zweiten – nach den Kriegen unter Stephan Báthory (pol. Stefan Batory) (1577–1582) – Waffenkonflikt mit dem Zaren beendete, bestärkten die politische und militärische Dominanz der Republik über ihren östlichen Nachbarn.

Andererseits sind Meinungen zu hören, mit der Unterzeichnung dieses Vertrags seien in der Praxis die zumindest seit 1600 immer wieder neu geschmiedeten Pläne verworfen worden, eine polnisch-litauisch-moskauische Union zu Bedingungen der polnischen Wasas zu gründen. Mehr noch: Der polnische Kronprinz Władysław, der nach dem im August 1610 von dem Feldhetman der Krone, Stanisław Żółkiewski, und den Bojaren ausgehandelten Vertrag der erwählte Zar von Russland war, verlor nun jegliche Chance darauf, den Moskauer Thron tatsächlich zu besteigen. Man kann sogar die These riskieren, Polen-Litauen habe sich in Deulino mit der Wiedererlangung von Smolensk – der Schlüsselfestung im Grenzland, welche die wichtigste befestigte Anlage auf der Dnepr-Linie darstellte – zufriedengegeben und auf eine weitere expansive Politik im Osten verzichtet. Der Zarenstaat hingegen gewann die Zeit, die er brauchte, um nach der größten Krise in seiner Geschichte (der sog. großen Smuta, »Zeit der Wirren«) seine inneren Strukturen und das Militärpotenzial wiederaufzubauen und sich auf die nächste Etappe des Kampfes um die Hegemonie in diesem Teil des Kontinents vorzubereiten.

Bevor wir fortfahren, soll noch erläutert werden, warum der Waffenstillstand von Deulino der wohl einzige diplomatische Vertrag ist, der in der Literatur in doppelter Datierung – 1618/19 – geführt wird, und zwar völlig zu Recht. Denn nach dem im Moskauer Staat geltenden julianischen Kalender wurde der Vertrag am 1. Dezember 1618 unterzeichnet und sollte am 25. Dezember in Kraft treten. In Polen-Litauen aber galt bereits der gregorianische Kalender, der im 17. Jahrhundert

dem julianischen um zehn Tage voraus war. Nach polnischen und litauischen Quellen fand die Unterzeichnung am 11. Dezember statt, und in Kraft treten sollte der Vertrag am 4. Januar, also im Jahr 1619.¹

Die Rivalität des Großfürstentums Litauen und später (nach der 1569 in Lublin geschlossenen Union mit der polnischen Krone) der Republik Polen-Litauen mit dem Moskauer Staat um die Dominanz in Osteuropa hatte bereits in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts begonnen. Nachdem Großfürst Iwan III. dem Moskauer Staat andere von Rurikiden regierte Fürstentümer (Jaroslawl, Rostow, Susdal, Twer) einverleibt, Velikij Novgorod seiner Eigenständigkeit beraubt und die Abhängigkeit von der Goldenen Horde endgültig abgeworfen hatte, setzte er die Politik der »Zusammenführung russischer Gebiete« fort. Das bedeutete eine Expansion Richtung Westen und musste zu einer Konfrontation mit dem Großfürstentum Litauen führen, das sich noch im 14. Jahrhundert große Landstriche mit orthodoxer Bevölkerung einverlebt hatte. Als Folge einer Reihe kriegerischer Auseinandersetzungen in den Jahren 1492 bis 1503 hatte Litauen ein Viertel seines Territoriums verloren, darunter den Großteil der Gebiete am linken Dnepr-Ufer. Im Jahr 1514 nahmen die Moskauer Truppen Smolensk ein – den »Schlüssel zu Moskau«, wie es wegen seiner strategischen Lage genannt wurde. Die mitten im sog. Smolensker Tor – einer 60 Kilometer breiten Landbrücke zwischen den Flüssen Dnepr und Düna – gelegene Festung riegelte den wichtigsten West-Ost-Weg ab, der ins Innere des Großfürstentums Litauen wie auch des Moskauer Staates führte. Der Jagiellonen-Staat war trotz spektakulärer militärischer Siege (Schlacht bei Orscha 1514) und der erfolgreichen lokalen Feldzüge (sog. Staroduber Krieg 1534–1537) nicht imstande, in den folgenden Jahrzehnten bei Auseinandersetzungen mit dem östlichen Nachbarn die Initiative an sich zu reißen.²

Im Jahr 1558 eröffnete der Moskauer Zar Iwan IV. »der Schreckliche« (russ. Ivan IV Groznyj) nach der Eroberung der Khanate Kasan und Astrachan eine neue Front gegen den westlichen Nachbarn. Diesmal wurde Livland der Kriegsschauplatz. Die Jagiellonen-Monarchie war der Hauptgegner Russlands im Kampf um die Gebiete des Schwertbrüderordens (pol. Zakon Kawalerów Mieczowych), deren Eroberung dem Moskauer Staat den Zugang zur Ostsee und die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit dem Westen sichern würde. Als ein wichtiger Erfolg des Zaren muss die Einnahme von Polozk im Jahr 1563 angesehen werden, denn der Weg nach Wilna, dem Herzen Litauens, stand jetzt seinen Truppen offen, da die Stadt nach Norden hin völlig ungeschützt blieb. In den folgenden Jahren gelang es Iwan IV., allmählich das gesamte Livland (jedoch ohne Riga) einzunehmen und den Rivalen entschieden in die Defensive zu drängen.³

1 Majewski, Andrzej Adam: Datacja rozejmu dywilińskiego [Die Datierung des Waffenstillstands von Deulino]. In: Przegląd Historyczny 92/4 (2001), 447–449.

2 Kolankowski, Ludwik: Polska Jagiellonów [Jagiellionisches Polen]. Olsztyn 1991, 93–109, 123–126, 134–136, 141–146, 163–165; Łowmiański, Henryk: Polityka Jagiellonów [Die Politik der Jagiellonen]. Poznań 1999, 234–246, 401–437; Nagielski, Miroslaw: Rywalizacja Rzeczypospolitej z Państwem Moskiewskim o dominację w Europie Środkowo-Wschodniej w XVI–XVII w. [Die Rivalität Polen-Litauens mit dem Moskauer Staat um die Dominanz in Ostmitteleuropa im 16.–17. Jh.]. In: Sensus Historiae 11/2 (2013), 87–94; Natanson Leski, Jan: Granica moskiewska w epoce jagiellońskiej [Die moskauische Grenze in der Jagiellonen-Epoche]. Oświęcim 2014, 79–153.

3 Kolankowski, Polska [Polen] (wie Anm. 2), 198–201, 214–218; Łowmiański, Polityka [Politik] (wie Anm. 2), 559–580; Natanson Leski, Granica [Grenze] (wie Anm. 2), 169–202; Nagielski, Rywalizacja [Die Rivalität] (wie Anm. 2), 94–97.

Die Situation änderte sich erst durch die am 1. Juli 1569 zwischen dem Königreich Polen und Litauen geschlossene Union. Die stärkere Verkopplung der Potenziale beider Staaten ließ hoffen, dass im Kampf um die Hegemonie in Osteuropa endlich eine Kehrtwendung eintreten, der Vormarsch der Moskauer Truppen nach Westen gestoppt und Litauen die in den vergangenen Jahrzehnten verlorenen Gebiete zurückerobern würden. Hinzu kam, dass das Reich Iwans IV. damals in eine tiefe innere Krise rutschte, die vor allem durch die Terrorpolitik des Zaren gegenüber der fürstlich-bojarischen Führungselite (die Zeit der sog. Opritschnina) verursacht war und zu einem wirtschaftlichen Kollaps führte. Die drei in den Jahren 1579 bis 1582 unternommenen Feldzüge der vereinten Kräfte der Republik unter Befehl König Stephan Báthorys zeitigten eine Reihe spektakulärer Erfolge, und mit dem im Januar 1582 in Jam Zapolskij unterzeichneten Waffenstillstand wurden Livland und das Polozker Land wiedererlangt.⁴

Die nächste Etappe der Rivalisierung beider Staaten um die Dominanz im östlichen Teil Europas begann bereits in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts. Damals beschloss Polen-Litauen, die immer größeren Probleme des östlichen Nachbarn auszunutzen, die mit dem Aussterben der Rurikiden-Dynastie (1598), den immer neuen inneren Konflikten und wiederholten Naturkatastrophen zusammenhingen. Im Jahr 1604 gewährten mehrere polnische Magnaten im geheimen Einvernehmen mit König Sigismund III. Wasa (pol. Zygmunt III Waza) dem auf den Zarenthron Anspruch erhebenden Falschen Dimitri (russ. Dmitrij Samozvanec I), der sich für den auf wundersame Weise geretteten jüngsten Sohn Iwans IV. ausgab (in Wirklichkeit kam der Zarewitsch schon 1591 ums Leben), militärische Unterstützung. Im Jahr 1605 gelang es dem Falschen Dimitri, den Kreml zu erobern, aber ein knappes Jahr später verlor er im Aufstand seiner Untertanen das Leben. In den folgenden Jahren vertiefte sich die Krise im Moskauer Staat immer mehr – es tauchten weitere Prätendenten auf, die Anspruch auf die Mütze des Monomach erhoben, und das Land wurde durch Bauernrebellionen, wiederholte Epidemien und Hungersnöte verwüstet.⁵

Zu einem offiziellen Eingreifen hat sich Polen-Litauen erst 1609 entschieden, und zwar unter dem Vorwand, der Moskauer Staat habe ein Militärbündnis mit Schweden geschlossen und so die Bestimmungen des ein Jahr zuvor unterzeichneten Waffenstillstands mit der Republik verletzt. Das Hauptziel der Intervention scheint die Wiedererlangung der Gebiete gewesen zu sein, die Litauen bereits Anfang des 16. Jahrhunderts verloren hatte: Smolensk und das Land Tschernigow-Seweren. Genauso rechtfertigte übrigens der polnische Monarch offiziell und öffentlich den Beginn des Krieges, er behauptete, er sei mit der Besteigung des polnisch-litauischen Throns und mit der Unterzeichnung der *Pacta conventa* verpflichtet gewesen, diese Provinzen zurückzuerobern.⁶

⁴ Natanson Leski, Jan: Epoka Stefana Batorego w dziejach granicy wschodniej Rzeczypospolitej [Die Epoche Stephan Báthorys in der Geschichte der östlichen Grenze Polen-Litauens]. Oświęcim 2014, 97–107.

⁵ Andrusiewicz, Andrzej: Dzieje wielkiej smuty [Geschichte der Zeit der Wirren]. Katowice 1999, 105–247; Czerska, Danuta: Dymitr Samozwaniec [Dimitri der Falsche I.]. Wrocław 1995, bes. 99–221; Wójcik, Zbigniew: Dzieje Rosji 1533–1801 [Geschichte Russlands 1533–1801]. Warszawa 1971, 61–86.

⁶ Andrusiewicz, Dzieje [Geschichte] (wie Anm. 5), 265–285; Polak, Wojciech: O Kreml i Smoleńszczyznę. Polityka Rzeczypospolitej wobec Moskwy w latach 1607–1612 [Um Kreml und das Smolensker Land. Die Politik Polen-Litauens gegenüber Moskau in den Jahren 1607–1612]. Toruń 1995, 102–148.

Die im September 1609 begonnene Belagerung von Smolensk blieb wegen der unzureichenden Ausstattung mit Artillerie und zu geringer Anzahl von Fußsoldaten lange Zeit erfolglos. Völlig überraschend zerschlugen dagegen die polnischen Truppen unter Feldhetman Stanisław Żółkiewski Anfang Juli 1610 bei Kluschino die zum Entsatz der Festung marschierenden zarischen Abteilungen, die von fremdländischen Söldnern unterstützt wurden. Der Weg zur Hauptstadt des Moskauer Staates stand offen, und die inneren Unruhen führten dazu, dass der neue Zar Wassili Schujski (russ. Vasilij Šujskij) bald gestürzt und verhaftet wurde. Die Macht in Moskau ging an die Bojarenpartei (mit der sog. Semibojarschtschina an der Spitze) über, die nach einem Kompromiss mit Sigismund III. und Żółkiewski suchte und sich auch dessen bewusst war, dass nur die polnischen Soldaten die Hauptstadt ihres Staates vor der tödlichen Gefahr bewahren könnten, die ihr seitens eines weiteren selbst ernannten Zarensohns (pol. Dymitr Samozwaniec II) drohte, der zu jener Zeit in Tuschino bei Moskau residierte.⁷

Die Idee, den erstgeborenen Sohn Sigismunds III., den Kronprinzen Władysław, zum Zaren zu wählen, war schon im Januar 1610 aufgekommen, unterbreitet von einer Gesandtschaft der Bojaren, die sich unter Führung des Patriarchen Filaret vor Smolensk begeben hatte. Der polnische Monarch hatte dem Vorschlag zugestimmt (ein entsprechender Vertrag wurde am 14. Februar 1610 abgeschlossen), sich auch damit einverstanden erklärt, den Sohn nach Moskau zu schicken und nach dem östlichen Ritus krönen zu lassen, allerdings erst dann, wenn sich die Situation beim östlichen Nachbarn beruhigt hatte. Dies scheint aber nur ein taktischer Zug des Königs gewesen zu sein, um einen Teil der einflussreichen Moskauer Eliten auf seine Seite zu ziehen und Schujski zu schwächen. Gleich nach der Schlacht bei Kluschino griff man das Konzept wieder auf, und auf der Grundlage des Februar-Vertrags konnte Żółkiewski am 27. August ein neues Abkommen aushandeln, nach dessen Bestimmungen der junge Wasa zum russischen Zaren gewählt wurde.⁸

Es ist darauf hinzuweisen, dass in diesem Abkommen keinerlei Union (nicht einmal eine dynastische) zwischen Polen-Litauen und dem Moskauer Staat vorgesehen war. Es handelte sich also dabei um ein ganz anderes Projekt als dasjenige, das der im Jahr 1600 nach Moskau delegierte litauische Kanzler Lew Sapieha unterbreitet hatte, von dem die – unter den damaligen Umständen übrigens fantastisch anmutende – Idee stammte, beide Staaten in Form einer sehr losen Konföderation zu vereinen.⁹

Allerdings muss man einsehen, dass es auch keinerlei Chancen gab, den Vertrag vom August 1610 in Kraft treten zu lassen. Polen-Litauen hätte keinen praktischen Nutzen davon gehabt, denn es hätte auf alle territorialen Ansprüche gegenüber dem östlichen Nachbarn verzichten müssen. Gemäß den Vertragsbestimmungen würden die Truppen Polens unverzüglich Moskau verlassen und

⁷ Andrusiewicz, Dzieje [Geschichte] (wie Anm. 5), 286–309; Polak, O Kreml [Um Kreml] (wie Anm. 6), 149–216; Sikora, Radosław: Kłuszyn 1610 [Kluschin 1610], Warszawa 2010, bes. 21–49.

⁸ Czerska, Danuta: Sprawa kandyatury królewicza Władysława na tron moskiewski (Umowa z 4 lutego 1610) [Die Kandidatur des Kronprinzen Władysław für den Moskauer Thron (Vertrag vom 4. Februar 1610)]. In: Małopolskie Studia Historyczny 3 (1995), 309–333; Polak, O Kreml [Um Kreml] (wie Anm. 6), 121–132.

⁹ Tyszkowski, Kazimierz: Poselstwo Lwa Sapiehy w Moskwie 1600 r. [Die Gesandtschaft von Lew Sapieha in Moskau im Jahr 1600]. Lwów 1927; siehe auch: Czwołek, Arkadiusz: Piórem i buławą. Działalność polityczna Lwa Sapiehy, kanclerza litewskiego, wojewody wileńskiego [Mit Feder und Stab. Die politische Tätigkeit von Lew Sapieha, dem litauischen Kanzler und Wilnaer Woiwoden]. Toruń 2012, 32–36, 135–157.

sich nach der Zerschlagung der Streitkräfte des Usurpators aus allen besetzten Gebieten zurückziehen, die Belagerung von Smolensk aufgeben und auch andere eingenommene Festungen abtreten müssen. Kronprinz Władysław, der ganz sicher zum russisch-orthodoxen Glauben hätte konvertieren müssen (vorläufig wurde diese Sache für einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben), konnte keine militärische Unterstützung durch seinen Vater in Anspruch nehmen.

In Kenntnis der inneren Realien des Moskauer Staates in jener Epoche kann man davon ausgehen, dass er sehr bald das Schicksal seiner Vorgänger auf dem Zarenthron – Fjodor Godunows (pol. Fiodor Godunow) und des Falschen Dimitri I., die von verschworenen Untertanen ermordet wurden – teilen würde. Kein Wunder also, dass Sigismund III. als liebender Vater sich letztendlich weigerte, den Sohn ins fast sichere Verderben zu schicken, und er hat den von Żółkiewski unterzeichneten Vertrag unter dem Vorwurf abgelehnt, der Hetman habe seine Kompetenzen überschritten. Stattdessen schlug er vor, dass er selbst für eine gewisse Zeit die Macht im Kreml übernehmen und diese erst nach einigen Jahren an Władysław weitergeben würde.¹⁰

Man kann übrigens dieses Problem auch aus einer etwas anderen Perspektive betrachten. Selbst unter den realen Umständen einer Wahlmonarchie, wie Polen-Litauen sie war, galt Władysław allgemein als der natürliche Erbe und künftige Nachfolger seines Vaters. Außerdem war er das einzige »großgezogene« von den fünf Kindern Sigismunds III. aus erster Ehe (im Jahr 1610 war er 15 Jahre alt), denn seine Geschwister waren in früher Kindheit gestorben. Aus der zweiten Ehe hatte der König damals nur einen überlebenden Sohn, den im März 1609 geborenen Jan Kazimierz. Angesichts der hohen Kindersterblichkeit sogar in königlichen Familien konnte man selbstverständlich nicht sicher sein, dass er das Erwachsenenalter erreichen und hypothetisch den Thron Polen-Litauens würde besteigen können, falls das Schicksal seinen Halbbruder dauerhaft an den Moskauer Staat binde.

Inzwischen zogen polnisch-litauische Truppen im Oktober 1610 im Kreml ein, und die Besetzung der Hauptstadt des Moskauer Staates begann. Bald konnte Żółkiewski auch die Kräfte des zweiten Usurpators zerschlagen. Polnische und litauische Söldner in dessen Diensten entschieden sich, in den Sold Polen-Litauens überzugehen, das sich bereit erklärte, ihre finanziellen Ansprüche zu übernehmen, der Usurpator selbst flüchtete nach Kaluga und wurde dort schon im Dezember 1610 ermordet. Der größte militärische Erfolg Sigismunds III. war jedoch die Einnahme von Smolensk, das im Juni 1611 – nach einer fast zweijährigen Belagerung – von polnischen Truppen erstürmt wurde. Das bedeutete jedoch nicht, dass man die militärischen Handlungen einstellte in der Annahme, die Frage der Besetzung des Zarenthrons und der territorialen Ansprüche würde sich letztendlich auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen lösen lassen.¹¹

¹⁰ Bielowski, August (Hg.); Vertrag vom 27. August 1610: Pisma Stanisława Żółkiewskiego, kanclerza koronnego i hetmana [Die Schriften Stanisław Żółkiewskis, des Kronkanzlers und Hetmans]. Lwów 1861, 493–506; Prochaska, Antoni: Hetman Stanisław Żółkiewski [Hetman Stanisław Żółkiewski]. Oświęcim 2018, 79–101; Urwanowicz, Jerzy: Stanisław Żółkiewski wobec Moskwy – koncepcje i działania [Stanisław Żółkiewski gegenüber Moskau – Konzeptionen und Taten]. In: Polska wobec wielkich konfliktów w Europie nowożytnej. Z dziejów dyplomacji i stosunków międzynarodowych w XV–XVIII wieku [Polen und die großen Konflikte im frühzeitlichen Europa. Zur Geschichte der Diplomatie und der internationalen Beziehungen vom 15. bis 18. Jahrhundert]. Hg. v. Ryszard Skowron. Kraków 2009, 54–64.

¹¹ Polak, O Kreml [Um Kreml] (wie Anm. 6), 202–257.

The legacy of the territorial changes in the Treaty of Brest-Litovsk

The Polish Eastern Border 1918–1921

JACEK TEBINKA

At the time when World War I broke out, the territorial order on the Polish lands was regulated by the provisions of the Congress of Vienna, which had introduced a new security system in Europe. From the moment when the Congress created the Kingdom of Poland in 1815, the eastern border of this autonomous polity was viewed in Europe as the borderland between the Polish lands and Russia. With time, the term “Russian Poland” came to be used in reference to the Polish lands ruled by the Romanov Empire. This name referred only to the territory of the Kingdom of Poland, excluding the areas of the Polish-Lithuanian Commonwealth annexed by Russia in the aftermath of the Partitions of Poland.¹

The political map of Europe before the outbreak of World War I in 1914 differed markedly from the ethnic map. Many nations which had experienced their rebirth in the nineteenth century did not have their own independent states. The Polish people were one of such nations. World War I, in which Poland's partitioners (Austria-Hungary, Germany and Russian) found themselves on opposing sides, brought about deep territorial changes in Eastern Europe. The offensive of the Central Powers in 1915 resulted in their armies seizing Warsaw on 5 August, followed by the occupation of the whole Kingdom of Poland. It was divided into two occupation zones, an Austrian and a German one. The armies of the Central Powers reached the Riga-Dvinsk-Baranavichy-Pinsk-Tarnopol line.²

Germany and Austria-Hungary's announcement (5 November 1916) of the declaration which promised to reincarnate the Kingdom of Poland was the first genuine step in the process of internationalising the Polish independence cause during World War I. It was also a reflection of the German Empire seizing the initiative and playing an increasingly stronger role in the alliance with Austria-Hungary.³

The February Revolution, which abolished tsarism, opened up new possibilities of a German expansion in the East. On 29 March 1917, the Russian Provisional Government, created in Petrograd,

¹ Sakowicz, Iwona: The British Press and the Polish Question (1865–1914). In: Polish and Irish Struggles for Self-determination. Living near Dragons. Ed. by Galia Chimiak and Bozena Cierlik. Cambridge 2020, 53–67.

² Buttar, Prit: Germany Ascendant. The Eastern Front 1915. Oxford 2015, 300–319, 353–360; for the German policy on the Polish question in the first phase of the war see Mikietyński, Piotr: Niemiecka droga ku Mitteleuropie: polityka II Rzeszy wobec Królestwa Polskiego (1914–1916). [The German Path Towards Mitteleuropa. The Second Reich's Policy Regarding the Kingdom of Poland (1914–1916)] (Studia z historii XX wieku 6). Kraków 2009.

³ On the exploitation of the occupied Kingdom of Poland by the Germans see Kauffman, Jesse: Elusive Alliance. The German Occupation of Poland in World War I. London 2015, 58–66; on the concepts of German politics in Central and Eastern Europe see: Meyer, Henry C.: Mitteleuropa in German Thought and Action 1815–1945. The Hague 1955; Brech- tefeld, Jörg: Mitteleuropa and German Politics 1848 to the Present. Basingstoke 1996.

issued a proclamation to Poles, promising to establish an independent Polish state: “United with Russia by a free military alliance, the Polish State will become a firm bulwark of Slavdom against the pressures of the Central Powers”. The borders of this satellite Poland were to be established by the future Russian Constituent Assembly. The tone of this document clearly indicated that the political forces in power in Russia meant to make the Polish state, if indeed established, its vassal.⁴ In this situation, it was difficult to imagine the Polish border extending beyond the territory of the Kingdom of Poland, additionally diminished by the loss of the Kholm (Chełm) Region in 1912.⁵ The territorial programme proposed by Roman Dmowski on behalf of the pro-alliance Polish faction in a memorandum submitted on 26 March 1917 in the Foreign Office in London was, however, very different from both Russian and, as it soon turned out, German intentions. The Polish politician called for granting Eastern Galicia to the new state, and from the Russian territory, apart from the Kingdom of Poland, the governorates of Kovno, Vilnius and Grodno, a part of the governorate of Minsk, and Volhyn.⁶

The disintegration of the Russian government and army in the aftermath of the February Revolution opened up new opportunities for the Central Powers, for which the burden of conducting the war increased, partly due to the enormous number of casualties on the front lines and to the Allied blockade. The turning point in weakening Russia was the October Revolution and the Bolsheviks taking over power in Petrograd, which marked the beginning the Russian Civil War. Vladimir Lenin, the Bolshevik leader and the Chairman of the Council of People's Commissars, attempted to fulfil the promise of peace for Russia and ending its participation in the war regardless of the cost. The Germans, who had helped him come back from Switzerland to Russia and had supported him financially, halted their great offensive on the Eastern Front, waiting for the disintegration of the Russian army.⁷

The Central Powers and Bolshevik Russia signed an armistice on the Eastern Front on 15 December 1917, which came into force two days later. The agreement was a violation by the Bolshevik authorities of Russia's obligations as an ally of France and Great Britain. The armistice did not bring Germany and its allies additional territorial gains. The front stretching from Riga, east of Pinsk, Lutsk, Tarnopol and Chernivtsi, and leaving most of Romania on the side controlled by the Central Powers, was the line which separated the enemy armies at the moment when military activities were ceased.

⁴ Stachura, Peter D.: Poland, 1918–1945. An Interpretive and Documentary History of the Second Republic. London 2004, 21–22; Powstanie II Rzeczypospolitej. Wybór dokumentów 1866–1923. [The Formation of the Second Polish Republic. A Selection of Documents, 1866–1923], ed. Janowska, Halina, Jędruszcak, Tadeusz, Warszawa 1981, 322–333.

⁵ The border was delimited in April 1913. By a decree of April 4, 1915, Nicholas II excluded the Kholm (Chełm) Region from the Kingdom of Poland. It was an area of approx. 16,000 km² with approximately 0.9 million inhabitants. The Catholics and the Uniates constituted almost 53% of the population. The Tsar's decision was not implemented because of the occupation of the Kingdom of Poland by the armies of the Central Powers; on religious conflicts in this region see Sadkowski, Konrad: From Ethnic Borderland to Catholic Fatherland: The Church, Christian Orthodox, and State Administration in the Chelm Region, 1918–1939. In: Slavic Review 57/4 (1998), 813–839.

⁶ Stachura, Poland (see n. 4), 22–25; Dmowski, Roman: Polityka polska i odbudowanie państwa. [Polish Politics and Rebuilding the State], vol. 2. Warszawa 1989, 219–222; Pajewski, Janusz: Dwie zachodnie opinie wobec koncepcji granic państwa polskiego (1917, 1919). [Two western opinions on the concepts of Poland's state borders (1917, 1919), Poznań 1977, 139–147.

⁷ Service, Robert: Lenin. A Political Life, vol. II: Worlds in Collision. Basingstoke 1995, 150–160; on the Civil War in Russia see Smele, Jonathan D.: The “Russian” Civil Wars 1916–1926. Ten Years That Shook the World. Oxford 2015.

However, the quick disintegration of the Russian army meant that, in the case of resuming military operations, the Bolshevik government was doomed to fail, despite the German plans to move some forces to the Western Front to start an offensive there in order to defeat the Allies before they received American reinforcements. Regardless of the many slogans of the Bolshevik delegation, Lenin did not forget the proletariat of those countries. He understood the people's right of self-determination as the workers' right to seize power and join the world revolution. However, the position of the Central Powers, in particular the German Empire, which was a consequence of their military power, dominated the peace negotiations, as Lenin's representatives soon found out.⁸

The peace talks were conducted in the city of Brest-Litovsk, where the headquarters of the German army in the East were located in the Brest Fortress. The Chief of Staff of the Imperial German Army on the Eastern Front, General Max Hoffmann, and the Minister of Foreign Affairs of the German Empire, Richard von Kühlmann, played the leading role in the negotiations on the part of the Central Powers, trying to reconcile the sometimes-conflicting interests of Germany, Austria-Hungary, Bulgaria and Turkey. On the other hand, Bolshevik Russia's delegation, led by Adolf Joffe and later by Lev Trotsky, tried to stall for time by postponing the acceptance of the Central Powers' territorial demands, citing the people's right to self-determination and peace without annexations and reparations.⁹ However, the Bolsheviks had no chance to recapture the Russian territories already occupied by the Central Powers. It was also doubtful that they would be able to keep the Turkish territories in Transcaucasia and Anatolia occupied by the Russian army.

The Polish question was treated as a means to an end by Berlin and Vienna. The earlier hopes of the Polish recruits from the Kingdom of Poland faded. In the early 1918, after the armistice with Bolshevik Russia, in the eyes of Germany and Austria-Hungary the Polish card lost its importance in the diplomatic game. The delegation of the Regent Council, created by the Central Powers as an Ersatz-Polish government in the Kingdom of Poland, was not invited to the peace talks in Brest-Litovsk, which started on 22 December 1917. Similarly, the Austrian delegation did not include any Polish politicians from Galicia. The Germans and the Austrians wanted to keep the Kingdom of Poland as their condominium (although the commander of the Imperial German Army, Marshal Paul von Hindenburg, and his second-in-command, General Erich Ludendorff, with the consent of Emperor Wilhelm II, planned to annex part of the Kingdom to the German Reich), putting the resolution of the Polish problem on hold. It was, evidently, concluded in Berlin and in Vienna that the Polish state did not exist. Consequently, there was no need to invite representatives of the Polish institutions established by the Central Powers to Brest-Litovsk.¹⁰

⁸ Wheeler-Bennett, John W.: *Brest-Litovsk. The Forgotten Peace March 1918*. New York 1956, 83–95, 379–384; Chernev, Borislav: *Twilight of Empire. The Brest-Litovsk Conference and the Remaking of East-Central Europe, 1917–1918*. Toronto 2017, 50–51.

⁹ The Brest-Litovsk peace negotiations were the first in history to be open to the public. For the record of negotiations in Brest-Litovsk see *Proceedings of the Brest-Litovsk Peace Conference. The Peace Negotiations between Russia and the Central Powers. 21 November, 1917–3 March, 1918*, Washington, 1918; for Leon Trotsky's views on the negotiations with Hoffmann and Kühlmann see Trotsky, Leon: *My Life. An Attempt at an Autobiography*. New York 1970, 362–378.

¹⁰ The National Archives, Kew (further: TNA), CAB 24/43, Weekly Report on Poland XXV, 22nd February 1918; Buttar, Prit: *The Splintered Empires. The Eastern Front 1917–21*. Oxford 2017, 257–258; Chernev, Twilight (see n. 8), 54–55,

The acute cost of the Allied blockade resulted in a growing deficit of raw materials necessary for fighting a war by Germany and Austria-Hungary, as well as food shortages, which caused the physical impairment of some soldiers and the threat of hunger for the majority of people. The prospect of grain supplies from the part of Ukraine ruled by the Central Council of Ukraine convinced the Central Powers to consent to the participation of this institution's delegation in the Brest-Litovsk peace talks. This was also supported by Trotsky, although the Bolsheviks endeavoured to abolish the Central Council, which had announced Ukraine's independence on 22 January 1918. Germany and Austria welcomed this development, as it gave them an opportunity to take advantage of the differences between the Bolsheviks and the Central Council of Ukraine during the negotiations.¹¹

Consequently, the Central Powers gambled on the Ukrainian card, endeavouring (especially Germany) to make the states emerging from the ashes of the Russian Empire their vassals. Ukraine seemed to be a more interesting partner than the pro-German Polish politicians, who had little to offer. The Ukrainian delegation stated terms as if it was leading a state which had won the war. The Ukrainians demanded, among others, the Kholm Governorate, detached from the Kingdom of Poland by Emperor Nikolai in 1912, and Eastern Galicia and Bukovina, which were part of the Habsburg Monarchy. The Ukrainian demands regarding the Kholm Governorate would probably have been rejected by the Central Powers if the Bolsheviks had accepted their territorial dictatorship straight-away. The tactics of Trotsky, who rejected the German peace terms but at the same time did not want war, delayed the signing of the treaty and redeploying the German army to the Western Front. In this situation, the Central Powers agreed to give back the Kholm Governorate to Ukraine, while objecting to the Ukrainian demand to be granted the territories belonging to Austria.¹²

On the night of 8 to 9 February 1918, Germany, Austria-Hungary, Bulgaria and Turkey signed a peace treaty with the Ukrainian People's Republic (UPR), recognising its independence and establishing the western border of this state along the line Tarnogród-Biłgoraj-Szczebrzeszyn-Krasnystaw-Radzyń Podlaski-Międzyrzec Podlaski-Sarnaki. The UPR's border with Austria remained on the Zbruch River, where it had been before the war. On the day of signing the Treaty of Brest-Litovsk, the Bolsheviks captured Kyiv, revealing the weakness of the Ukrainian government, which co-signed the document with the Central Powers.¹³

For Poles, the prospect of losing the Kholm Governorate was painful mainly due to their memory of the Emperor's decision of 1912. The execution of the territorial provisions of the treaty would also mean that Poland would lose the possibility of recovering its Eastern Borderlands (*Kresy Wschodnie*).

88–90; Pajewski, Janusz: *Odbudowa państwa polskiego 1914–1918. [Rebuilding the Polish State, 1914–1918]*. Warszawa 1985, 220–224.

¹¹ Horak, Stephan M.: The First Treaty of World War I. Ukraine's Treaty with the Central Powers of February 9, 1918. New York 1988, 19, 27–34; Pajewski, *Odbudowa* (see n. 10), 229–233.

¹² Chernev, *Twilight* (see n. 8), 157–170; on falsifying the role of Trotsky in the USSR see Garthoff, Raymond L.: The Stalinist Revision of History: The Case of Brest-Litovsk, *World Politics*. Cambridge 1952, 66–85.

¹³ Wheeler-Bennett, *Brest-Litovsk* (see n. 8), 392–402; Horak, The First Treaty (see n. 11), 44–52; the border line between Poland and Ukraine was drawn by Albrecht Penck, professor of geography at the University of Berlin, see Pajewski, *Odbudowa* (see . n. 10), 231; on Penck and Polish and Ukrainian geographers who were his students see Górný, Maciej: *Kreślarze ojczyzny. Geografowie i granice międzywojennej Europy. [Draughtsmen of Homelands. Geographers and Borders of Interwar Europe]*. Warszawa 2017.

2018



Das heutige Europa um 2018. Grundlage: Der große Ploetz – Atlas zur Weltgeschichte.
Hg. von Holger Vornholt. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2009, 235; gez. von Jolanta Ožog.

Versuch einer Befriedung

Das Prespa-Abkommen zwischen
Griechenland und Makedonien 2018¹

STEFAN TROEBST

GESCHICHTE SCHREIBEN HEISST,
JAHRESZAHLEN IHRE PHYSIOGNOMIE GEBEN.²

Während die »Physiognomie« der Jahreszahlen 1018 – Bautzen –, 1618 – Deulino –, 1718 – Požarevac – und 1918 – Brest-Litovsk deutlich erkennbar ist, trifft dies auf 2018 nicht in vergleichbarer Form zu: Im Syrien-Krieg und im Russisch-Ukrainischen Konflikt hat es im besagten Jahr keine Friedensschlüsse gegeben und auch für die Befriedung anderer Konfliktherde – Zypern, Berg-Karabach, Palästina, Sudan, Jemen, Kaschmir, Xinjiang und andere – ist dergleichen derzeit nicht absehbar. Ein Silberstreif am Horizont hat sich aber 2018 bezüglich eines Konfliktherds in Südosteuropa aufgetan, nämlich die leidlich begründete Hoffnung auf eine Beilegung des Streites zwischen Griechenland und Makedonien um den Namen der 1991 selbstständig gewordenen südlichsten Teilrepublik des implodierten Jugoslawien, um ihre Staatssymbole, ihre Grenzen sowie ihre Geschichtspolitik. Gemeint ist das Abkommen von Prespa vom 17. Juni 2018, welches die beiden Außenminister Nikola Dimitrov und Nikos Kotzias in Anwesenheit der beiden Premierminister Zoran Zaev und Alexis Tsipras sowie des UN-Vermittlers Matthew Nimetz, einem US-Diplomaten und -Geschäftsmann, und der Außenbeauftragten der Europäischen Union, Federica Mogherini, unterzeichnet haben. Die Parlamente in Skopje und Athen haben das Abkommen 2019 ratifiziert – mit der Folge, dass der firmierende zentralbalkanische Staat 2020 als 30. Mitglied in die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) aufgenommen werden konnte.

In der internationalen Medienberichterstattung wurde vor allem der in Prespa fixierte Kompromiss in der Frage des Namens des Republik Makedonien, die ja auf internationaler Ebene bis dahin immer noch als »ehemalige jugoslawische Republik Makedonien« – »Former Yugoslav Republic of Macedonia«, abgekürzt FYROM – firmierte, hervorgehoben. Der neue Name lautet *Republika Severna Makedonija* – wörtlich: Republik Nördliches Makedonien, in der Nomenklatur des Auswärtigen Amtes in Berlin indes »Republik Nordmazedonien« –, nachdem die Varianten »Republik Ober-Makedonien«, »Republik Vardar-Makedonien«, »Republik Neu-Makedonien« und »Zentralbalkanische Republik« verworfen worden waren. Der neue Name soll laut dem Abkommen nicht nur im bilateral griechisch-makedonischen Verkehr, sondern auf sämtlichen internationalen wie vor allem auch innerstaatlich-

¹ Vortrag auf der Internationalen Konferenz »Ostmitteleuropäische Friedensschlüsse zwischen Mittelalter und Gegenwart: Bautzen (1018), Deulino (1618), Požarevac (1718), Brest-Litovsk (1918)«, Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO), Leipzig, 12.–13. Dezember 2018. Die Redeform wurde beibehalten.

² Walter Benjamin: Das Passagen-Werk. Hg. v. Rolf Tiedemann. Bd. 1. Frankfurt am Main 1983, 595.

makedonischen Bereichen gelten – gemäß dem völkerrechtlichen *erga-omnes*-Prinzip. Das war für die griechische Seite ein zentraler Punkt.

Aber das Prespa-Abkommen – ein 19 Seiten langes und überaus detailliertes Dokument mit 20 Artikeln – enthält auch zahlreiche Bestimmungen zu etlichen anderen Politikfeldern, so etwa zur gemeinsamen Staatsgrenze, zu Fragen der Verteidigung, zu Menschenrechten, Wirtschaft, Tourismus, Handel, Umweltschutz etc. Besonders eingehend werden in diesem internationalen Vertrag Dinge behandelt, die in völkerrechtlichen Dokumenten in der Regel nicht firmieren. Dies sind – in der englischen Terminologie des Originaldokuments – »symbols«, »language«, »heritage«, »cultural patrimony« und »ancient civilization«, vor allem aber »history«.

Symbolisch gewählt war auch der Ort der Unterzeichnung, das griechische Fischerdorf Psarades – *psari* heißt Fisch –, das bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts mehrheitlich südslavisch besiedelt war und damals Nivici hieß. Psarades ist am Prespa-See gelegen, dessen größerer Teil zu Makedonien gehört, ein Drittel zu Griechenland und ein kleiner Teil zu Albanien.

Gleichfalls symbolträchtig ist die makedonische Delegation zur Unterzeichnung des Abkommens mit Schnellbooten über den See auf die griechische Seite gekommen, danach fuhren sämtliche Beteiligten wiederum mit Booten ans makedonische Ufer, wo es im Badeort Oteševko ein Festbankett gab. Bei aller Symbolik übersahen dabei sowohl die griechische wie die makedonische Seite, dass die Geschichte beider Orte – von Psarades sowie von Oteševko – auch in ganz anderer Hinsicht paradigmatisch ist. Denn in Psarades fand Ende März 1949, also in der Endphase des Griechischen Bürgerkriegs der Jahre 1946 bis 1949, der Zweite Kongress der pro-kommunistischen makedonischen Nationalen Befreiungsfront (NOF) statt, die mit der Kommunistischen Partei Griechenlands und ihrem militärischen Arm verbündet war. Seitens des monarchistischen Bürgerkriegslagers wurde den griechischen und makedonischen Kommunisten unterstellt, bei dieser Gelegenheit eine Vereinigung des makedonischen Teils Griechenlands mit der jungen jugoslawischen Teilrepublik Makedonien propagiert, also Hochverrat begangen zu haben.

Und das Dorf Oteševko ist heute verlassen, sprich: unbewohnt, da es im äußersten Süden Makedoniens so gut wie keine Arbeitsplätze gibt und sich selbst der regionale Tourismus vom eher unspektakulären Prespa-See ganz auf den nahe gelegenen, sauberen und wild-romantischen Ohrid-See verlagert hat. Das relativ moderne, heute aber leer stehende Hotel in Oteševko, in dem das Festbankett stattfand, trägt übrigens den Namen »Evropa«, also »Europa« – sicher kein gutes Omen. In Psarades hingegen, dem Ort der Unterzeichnung des Abkommens, floriert der regionale Tourismus heute zumindest in der warmen Jahreszeit und dies trotz der Abgelegenheit des Dorfes in bescheidenem Umfang, was nicht zuletzt an den zahlreichen Fischrestaurants dort liegt.

Neben den genannten symbolischen Elementen dürften auch sicherheitspolitische Erwägungen zur Entscheidung Athens und Skopjes beigetragen haben, das Abkommen eben hier, in Psarades, medienwirksam zu unterzeichnen. Denn der Ort ist selbst für nordgriechische Verhältnisse äußerst abgelegen, also leicht abzusichern. Dass dies eine überaus vorausschauende Überlegung war, zeigte der Aufmarsch militant protestierender griechischer Nationalisten an der Zugangsstraße nach Psarades am Tag der Unterzeichnung.

Wie vertrackt, ja verfahren das griechisch-makedonische Verhältnis seit 1991 ist, geht bereits aus Titel und Präambel des Abkommens hervor. Der Titel lautet in deutscher Übersetzung »Endgültige Übereinkunft zur Beilegung der Differenzen, die in den Resolutionen 817 (von 1993) und 845

(von 1993) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, im Abschluss der Interim-Vereinbarung von 1995 und in der Errichtung einer strategischen Partnerschaft zwischen den Parteien beschrieben sind«. Das heißt, worum es eigentlich geht – um die Namensänderung und weitere Punkte –, wird im Titel nicht genannt, sondern hier wird lediglich auf andere Dokumente in diesem Kontext verwiesen, deren Bezeichnungen ebenfalls kryptisch sind. Und die deutsche Entsprechung des ersten Satzes der Präambel wäre in etwa diese:

»Die Erste Partei, die Hellenische Republik (die ›Erste Partei‹) und die Zweite Partei, die gemäß der Resolution 47/225 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 8. April 1993 in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde (die ›Zweite Partei‹), die hier gemeinsam als ›die Parteien‹ bezeichnet werden.«

Auch hier wird nicht Klartext gesprochen, denn aus griechischer Sicht kam weder die Verwendung des provisorischen UN-Terminus »ehemalige jugoslawische Republik Makedonien« noch deren Eigenbezeichnung »Republik Makedonien« infrage, da in beiden Begriffen ja das Wort »Makedonien« enthalten war. Und den Neologismus »Nordmakedonien« konnte man noch nicht verwenden, da das Abkommen ja bei Unterzeichnung noch nicht ratifiziert war. Daher die Bezeichnung »die Zweite Partei« für die Republik Makedonien.

Zwei Artikel des Abkommens sind besonders bemerkenswert, da sie Bereiche betreffen, die üblicherweise außerhalb der Regelungen des Völkerrechts liegen, nämlich Sprache und Geschichte. Im Artikel 7 ist besonders Absatz 4 aufschlussreich, der auf Deutsch in etwa wie folgt lauten würde:

»Die Zweite Partei [= die Republik Makedonien] stellt fest, dass ihre offizielle Sprache, die makedonische Sprache, zur Gruppe der südslawischen Sprachen gehört. Die Parteien [= die Republik Makedonien und Griechenland] stellen fest, dass die offizielle Sprache und andere Attribute der Zweiten Partei [= der Republik Makedonien] in keiner Verbindung zur antiken hellenischen Zivilisation, Geschichte, Kultur und Erbe der nördlichen Region der Ersten Partei [= Griechenland] stehen.«

Der Hintergrund ist natürlich die Politik der »Antikisierung« der Republik Makedonien, wie sie die rechtskonservative Regierung der Jahre 2006 bis 2016 unter dem mittlerweile im ungarischen Exil befindlichen Nikola Gruevski betrieben hat, kulminierend in dem Projekt »Skopje 2014«. Im Zuge dessen wurde die Innenstadt Skopjes mit etlichen Monumentalbauten im Stil des Balkan-Barock, vor allem aber mit zahlreichen Statuen und Bauten mit Bezügen zur Antike regelrecht zugepflastert. Auch wurde das historische Narrativ aus jugoslawischer Zeit, nämlich dass die gegenwärtige Titularnation der Republik Makedonien ihre Ethnogenese auf die Einwanderung von Slaven in den Balkan während der Völkerwanderungszeit zurückführt, um 1000 Jahre gleichsam »verlängert« – zu den antiken Makedoniern Alexanders des Großen und seines Vaters Philipp II. im 4. Jahrhundert v. Chr. Eine diesbezügliche Verdichtung makedonischerseits, die in Griechenland als rotes Tuch perzipiert wurde, war die 16-strahlige »Sonne von Vergina«. Diese »Sonne«, die in griechischer Sicht als »Stern« gedeutet wurde, stammt von einer massiv goldenen Gebein-Schatulle, mutmaßlich aus dem Besitz Philipps II., die 1977 beim nordgriechischen Dorf Vergina in der Nähe der antiken makedonischen Hauptstadt Pella von dem Archäologen Manolis Andronikos gefunden wurde. Entsprechend ist in griechischer Sicht der Stern von Vergina nicht nur ein *genuin* griechisches, sondern eben deswegen auch ein *auschließlich* griechisches Symbol, das seit den frühen 1990er Jahren als das zentrale Emblem im »Kampf« gegen den Anspruch der Republik Makedonien auf Teilhabe am antiken Erbe fungierte.

Im Jahr 2018 wurde vielerorts des Endes des Ersten Weltkrieges gedacht. Zwei 1918 in Brest-Litovsk ausgehandelte Friedensabkommen regelten die Verhältnisse zwischen den Mittelmächten und der für kurze Zeit selbstständig gewordenen Ukraine sowie wenig später mit der durch die Revolution im Herbst 1917 entstandenen Sowjetregierung. 2018 hätte aber auch diverser weiterer Friedensschlüsse gedacht werden können: 1718 einigten sich in Passarowitz Österreich-Ungarn und die Republik Venedig auf einen Frieden mit dem osmanischen Sultan, 1618/19 wurde in Deulino in Russland ein Vertrag zwischen dem Zaren und der polnisch-litauischen Republik geschlossen und 1018 beendeten in Bautzen hochrangige Abgesandte einen 16 Jahre lang andauernden Krieg zwischen Kaiser Heinrich II. und dem polnischen Fürsten Bolesław Chrobry.

In diesem Buch, das dem Osteuropahistoriker Christian Lübke gewidmet ist, schreiben zehn Historiker*innen und Archäolog*innen aus Deutschland, Österreich, Polen und Russland über Voraussetzungen, Abläufe und Folgen dieser für das östliche Europa folgenreichen Friedensschlüsse.



Leibniz-Institut für
Geschichte und Kultur
des östlichen Europa

SANDSTEIN

